

## **Beschluss des Landrats vom 24.03.2022**

Nr. 1425

### **24. Nachhaltige e-Mobilität** 2021/209; Protokoll: pw, mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat sei bereit, die Motion entgegenezunehmen.

**Hanspeter Weibel** (SVP) klärt auf: Mit dem Vorstoss wird eine Quadratur des Kreises verlangt, die der Regierungsrat nicht erfüllen kann und schon gar nicht als Gesetzauftrag. Gegen eine Anpassung der Motorfahrzeugsteuer im Sinne der Ökologisierung spricht nichts. Es sollen aber Kriterien eingebracht werden, die als solche einerseits umstritten und andererseits in vielen Fällen nicht mehr aktuell sind. Die Verbrenner haben eine Entwicklungsgeschichte von rund 120 Jahren hinter sich, die Batteriefahrzeuge von vielleicht fünf Jahren und die Entwicklung schreitet rasant voran. In der Motion geht es beispielsweise um Batterierecycling. In einem Elektroauto hat es durchschnittlich zwischen 5'000 und 7'000 kleine Rundbatterien und niemandem würde es in den Sinn kommen, die ganzen Batterien zu entsorgen. Die einzelnen Batterien sind in kleinen Paketen gebündelt und bei Defekten werden nur einzelne Batterien ausgewechselt. Abgesehen davon gibt es auch den Begriff «Second Life» für Batterien. Batterierecycling als solches ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich nicht angebracht, weil es viele technische Möglichkeiten gibt, so dass die Batterie in dem Sinne, wie es im Vorstoss verstanden wird, gar nicht recycelt werden muss. Zu den Fragen der Rohstoffproblematik, der Emissionen, der Autoherstellung: Heute wird in der Motorfahrzeugsteuer auf eidgenössisch festgestellte Werte, teilweise EU-Werte abgestellt. Zusätzliche Kriterien für den Kanton Basel-Landschaft sind völlig neben den Schuhen. Damit würde man nie zu einer eindeutigen Berechnungsgrundlage für eine Motorfahrzeugsteuer kommen. Die Motion ist deshalb abzulehnen.

Der Mitte/glp-Fraktion gehe es bei diesem Vorstoss gleich, sagt **Franz Meyer** (Die Mitte). Vor allem der folgende Satz ist problematisch: *«Das bedeutet, dass die Motorfahrzeugsteuer so angepasst wird, dass nicht generell Autos mit geringen Emissionen, sondern auch die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellungskette mitberücksichtigt werden.»* Das ist nicht umsetzbar, weshalb der Vorstoss abgelehnt wird.

**Christine Frey** (FDP) und die FDP-Fraktion stören sich an zwei Themen, weshalb weder ein Postulat noch eine Motion unterstützt werden. Erstens findet eine Konzentration auf eine Technologie statt. Die Festlegung auf eine Antriebsart widerspricht marktwirtschaftlichen Mechanismen und dem Prinzip der Technologieoffenheit. Zweitens steht die Forderung im Raum, dass die Motorfahrzeugsteuer Rücksicht nehmen soll auf die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellungskette. Wie bei allen Konsumgütern entscheidet am Schluss der Konsument, nach welchen Kriterien er sich für oder gegen ein Produkt entscheidet. Fazit: Der Kanton Basel-Landschaft ist der falsche Adressat, wenn Einfluss auf die Zulieferprodukte für die Herstellung genommen werden soll.

**Stephan Ackermann** (Grüne) wäre froh, wenn der Regierungsrat noch begründen könnte, weshalb er den Vorstoss entgegennimmt.

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) gibt bekannt, der Regierungsrat verzichte auf eine Wortmeldung.

**Stephan Ackermann** (Grüne) ist absolut enttäuscht vom Regierungsrat, dass er keine Stellung zu diesem wichtigen Geschäft bezieht. Vor allem auch, weil der Regierungsrat das Motorfahrzeugsteuergesetz in die Vernehmlassung geschickt hat. Stephan Ackermann ging eigentlich davon aus, die Überweisung sei unbestritten und dass die FDP liberal und auch grün sei und die Anliegen unterstütze. Die Klimaschutzinitiative, bei der die bürgerlichen Parteien den Regierungsrat unterstützten, wurde vor kurzem leider durch die Stimmbevölkerung abgelehnt. Umso «überraschender» ist nun, dass die bürgerlichen Parteien hier nun dem Regierungsrat in den Rücken fallen. Der Redner ist absolut enttäuscht von der Haltung, da ihm an diesem Geschäft sehr viel mehr liegt als an den vorherigen betreffend Ladestationen. Mit diesem Geschäft kann wirklich gezeigt werden, in welche Richtung das Baselbiet gehen soll. Auch die Mitte soll sich angesprochen fühlen, die mit der glp eine Fraktion bildet. Hoffentlich unterstützt die glp die Überweisung, die ja schliesslich grün und liberal ist. Es könnte höchstens sein, dass die glp dagegen ist, weil der Vorstoss auch soziale Kriterien beinhaltet. Die Haltung der SVP ruft bei Stephan Ackermann am wenigsten Enttäuschung hervor, weil sich die SVP auch immer wieder in diese Richtung geäussert hat. Aber trotzdem ist die SVP ja eigentlich auch dafür, dass der Landwirtschaft ein gewisser Wert beigemessen wird. Und dies bitteschön nicht nur in der Schweiz, sondern auch dort, wo die wertvollen Rohstoffe für die Batterien abgebaut werden. Es ist eigentlich absolut anmassend, diese Motion nicht mitzutragen, wenn die bürgerliche Regierungsmehrheit bereit ist, den Vorstoss entgegenzunehmen.

**Peter Riebli** (SVP) stellt erstens klar, dass der Regierungsrat für gewöhnlich nicht begründe, weshalb er einen Vorstoss entgegennehme. Wenn man eine Motion für derart wichtig erachtet, dann sollte sie, zweitens, auch so formuliert werden, dass sie mehrheitsfähig ist. Drittens: Politik besteht aus unterschiedlichen Meinungen, die es zur Kenntnis zu nehmen gilt. Es ist nicht nötig, der Enttäuschung über andere Meinungen Ausdruck zu verleihen. Die Motion, so wie sie formuliert ist, ist nicht überweisbar.

**Urs Kaufmann** (SP) erklärt, die SP-Fraktion habe grosse Sympathien für die Motion und werde sie unterstützen. Auf der anderen Seite läuft aktuell eine Vernehmlassung zur Motorfahrzeugsteuer, die gewisse Stossrichtungen hin zu einer Ökologisierung enthält. Vom Verfahren her ist es vorzuziehen, sich im Rahmen der Vernehmlassung einzubringen, um dort das Mögliche herauszuholen. Allenfalls könnte in einem nächsten Schritt ein ergänzender Vorstoss eingereicht werden, damit für eine nächste Teilrevision in diesem Bereich Inputs bereits vorliegen. Es ist nicht optimal, parallel zur Vernehmlassung einen weiteren Vorstoss auf den Weg zu bringen.

**Jacqueline Bader** (FDP) meint, man müsse sich von der Illusion trennen, dass E-Mobilität sowohl ökologisch wie auch sozial sei. Das ist sie nicht. Man schaue sich schon nur mal den Abbau der Rohstoffe und die Transportwege an. Diese Informationen kann man sich im Internet und im Fernsehen selber aneignen.

Die Autoindustrie ist sehr bemüht, die erwähnten Batteriepakete weiter verwenden zu können. Diesbezüglich ist viel Innovation im Gange, wie die Rednerin aus erster Hand weiss. Des Weiteren werden die Mikrochips für Autos, Waschmaschinen, Mikrowellen etc. in Ländern produziert, in denen die Produktionsbedingungen nicht unseren Vorstellungen entsprechen. Die Mikrochips kommen grösstenteils aus Nordkorea. Wäre dies anders, würden die Chips in Europa produziert, würde ein hundertfaches für die Chips bezahlt werden müssen. Der Wahrheit muss endlich in die Augen geschaut werden.

**Fredy Dinkel** (Grüne) sieht das genauso. Er hat bereits Ökobilanzen für E-Mobilität und andere Mobilität erstellt und es ist tatsächlich so. Die Motion bietet die Chance, genau dies zu zeigen. E-Mobilität ist nicht einfach die Rettung der Welt. Es geht auch nicht um eine Technologieeinschrän-

kung, sondern um eine Bewertung, die miteinbezogen werden kann. Die Motion soll überwiesen werden.

**Marco Agostini** (Grüne) fragt den Regierungsrat, ob es die Idee gebe, grössere E-Fahrzeuge mit grösseren Batterien stärker zu besteuern.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, wenn der Regierungsrat einen Vorstoss entgegennehme, lege er keine Begründung dar, sondern sage lediglich, der Vorstoss solle geprüft oder umgesetzt werden. Wie bereits erwähnt, befindet sich aktuell eine Landratsvorlage zu dieser Thematik in der Vernehmlassung.

**Hanspeter Weibel** (SVP) beginnt mit Marco Agostini: Heute ist ein grosser Anteil der Besteuerung gewichtsabhängig. Dies wird auch künftig so sein. Leistungs- und grössenmässig vergleichbare Verbrenner und Elektro-Fahrzeuge sind in etwa gleich schwer. Eine Batterie als solche ist schwer, aber es entfällt ganz viel Nebenaggregat (Motor, Getriebe etc.).

An Stephan Ackermann zur Beurteilung einer politischen Haltung: Vor mehr als fünf Jahren hatte der Redner eine Motion zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer eingereicht ohne jegliche weitere Kriterien. Diese wurde abgelehnt. Hanspeter Weibel findet es deshalb nicht in Ordnung, ihm nun vorzuwerfen, dass er gegen diese Motion hier ist, die noch ganz viele andere Kriterien beinhaltet, die wirklich nicht messbar sind. Er fährt seit acht Jahren Elektroauto. Während dieser Zeit gab es gewaltige Entwicklung im Batteriebereich. Selbst wenn man heute ein Fahrzeug kauft, dass entweder in China oder in Deutschland hergestellt wurde, so haben diese beispielsweise völlig unterschiedliche Lithiumanteile in der Batterie. Gewisse Kriterien der Motion lassen sich schlicht nicht umsetzen. Dieser unmöglich auszuführende Auftrag soll dem Regierungsrat erspart werden.

**Marc Schinzel** (FDP) ist die Motivation hinter dem Vorstoss klar. Bei der Motorfahrzeugsteuer ist aber auch ein juristischer Aspekt sehr wichtig. Bei Steuern handelt es sich um ein sehr exaktes Feld und es ist darauf zu achten, dass die Kriterien scharf messbar, einfach umsetzbar und beschwerderesistent sind. Im Steuerrecht, wie etwa auch im Strafrecht, ist vom Bestimmtheitsgebot die Rede. Soziale und ökologische Bedingungen sind ein weites Feld. So kommen etwa viele Teile aus Ländern, die überhaupt nicht unseren Standards entsprechen, andere aus demokratischen Staaten. Die Herstellerketten werden zudem ständig angepasst. Was es aber braucht, ist Transparenz. Transparenz ist wichtig für die Konsumentinnen und Konsumenten. Auch wichtig ist die Diskussion darüber. So spielt es etwa eine Rolle, was durch die neuen Verkehrsträger wie E-Trottinette ersetzt wird – ÖV oder Fusswege.

**Klaus Kirchmayr** (Grüne) erlebte in seinen 15 Jahren als Landrat schon mehrere fundamentale Debatten über das Thema Motorfahrzeugsteuer und deren Ökologisierung. Die Debatten verlaufen meistens sehr ähnlich. Nur wenn hin und wieder jemand aus dem anderen politischen Lager das Normale durchbricht, geht es einen Schritt in die richtige Richtung weiter. In der Teilrevision des Motorfahrzeugsteuergesetzes, die sich aktuell in Vernehmlassung befindet, geht es darum, eine weitere Ökologisierung und eine Anpassung an den technologischen Fortschritt im Steuerrecht abzubilden. Die Kriterien, die erfüllt sein müssen, stellen auch immer eine Schwierigkeit dar, wie Marc Schinzel bereits ausgeführt hat.

Diejenigen, die gegen den Vorstoss sind, suchen Details, weshalb eine Überweisung nicht in Frage kommt. Diejenigen, die etwas verändern möchten, finden einfach, dass sich etwas verändern muss. Weshalb ist das so? Die Mobilität ist neben dem Heizen und dem Bauen der grösste Hebel, um etwas fürs Klima zu tun. Der Kanton hat jedoch relativ wenig Handlungsspielraum und der einzige Hebel geht über die Motorfahrzeugsteuer. Dies erklärt, weshalb diese immer wieder ein The-

ma im Landrat ist. Der Auftrag der Motion an den Regierungsrat lautet wie folgt: «*Der Regierungsrat wird beauftragt, die Motorfahrzeugsteuer so anzupassen, dass die E-Mobilität vermehrt Unterstützung findet.*» Damit soll eine Dekarbonisierung erreicht werden, die aus ganz vielen Gründen eine Notwendigkeit ist. Würde der Motion zugestimmt, wäre der Motionär sicherlich dazu bereit, einige der Randbedingungen des Vorstosses zu relativieren.

Klaus Kirchmayr staunt, wie von bestimmten Leuten seit Jahren immer wieder gegen ein Mehr an E-Mobilität argumentiert wird. Es ist nun einfach an der Zeit, weiter in die Richtung von E-Mobilität zu gehen, die nächste Stufe zu zünden und die E-Mobilität zu fördern. Es handelt sich um den einzigen Hebel im Kanton, die Dekarbonisierung zu fördern. Das ist gut fürs Klima und gut für die Sicherheit.

An Jacqueline Bader: Die Chips kommen wohl eher nicht aus Nordkorea, da das Land auf Sanktionslisten steht. Die meisten Chips kommen aus Taiwan, den USA und teilweise aus China sowie europäischen Ländern.

**Peter Brodbeck** (SVP) sagt, dass wenn das, was Klaus Kirchmayr gesagt hatte, stimmen würde, man dem ja noch zustimmen könnte. Es handelt sich aber natürlich erneut um ein Buebetrickli, das man von ihm kennt. Einmal mehr sagte er nur die halbe Wahrheit. Liest man den fett gedruckten Satz zu Ende, heisst es: «...wobei die oben aufgeführten Kriterien bezüglich sozialer Standards, Klima und Umwelt zu berücksichtigen sind.» Genau dieser Punkt wird jedoch praktisch nicht umsetzbar sein. Weil er das nicht ist, hat es keinen Wert, die Motion zu überweisen und Verwaltungsleute darüber brüten zu lassen, wie man es allenfalls doch noch hinkommen könnte. Das ist aber, wie man gehört hat, mehrheitlich gar nicht möglich. Er bittet Klaus Kirchmayr, nicht zu unterstützen, seine Fraktion wäre grundsätzlich gegen das Anliegen.

**Jacqueline Bader** (FDP) rät Klaus Kirchmayr, doch mal das Stichwort «Kaesong» nachzuschlagen.

**Marco Agostini** (Grüne) versucht, eine kurze Antwort an die Adresse von Peter Brodbeck zu geben. Auch Motionen können abgeändert werden. Wenn man sieht, was schlussendlich aus der Motion von Peter Riebli geworden ist, muss man nicht Angst haben, dass das ganze Sozialwesen über den Haufen geworfen wird. Wenn es heisst, man solle die obigen Punkte berücksichtigen, bedeutet das nicht, dass man sie 1 zu 1 umsetzen muss. Davor braucht man keine Angst zu haben. Den Votanten würde von SVP und FDP Wunder nehmen: Wenn man es jetzt nicht macht, wann dann? Wann sollen die Steuern für eMobilität und kleine Fahrzeuge angepasst und für grössere Fahrzeuge und Benziner angehoben werden? Wird immer nur abgelehnt – wie gemäss Aussage von Hanspeter Weibel vor 5 Jahren – passiert nie etwas. Irgendwann muss man das doch umsetzen. Eine Motion kann auch angepasst werden, so dass es für alle stimmt.

**Fredy Dinkel** (Grüne) kann das Soziale und Ökologische nicht bewerten. Es ist in der Tat eine schwierige Angelegenheit, der Votant befasst sich mit 30 Jahren als Dozent mit solchen Themen. Er kann aber sagen, dass es heute durchaus – obschon noch nicht perfekte – Möglichkeiten gibt. Es einfach und klar in ein Steuergesetz zu schreiben, wie Marc Schinzel vorgeschlagen hatte, ist nicht so trivial. Auch das ist dem Votanten bestens bekannt, hat er in dem Zusammenhang doch schon Seco und Bafu beraten. Dennoch ist das kein Grund, um dagegen zu sein.

Für **Peter Riebli** (SVP) ist es ein denkbar schlechtes Beispiel, seine damalige Motion – wie von Marco Agostini getan – im Hinblick auf die Möglichkeit zu nennen, dass sich eine Motion abändern lasse, denn das war ein Trauerspiel damals. Eine Motion ist ein verbindlicher Auftrag an die Regierung, sie 1 zu 1 umzusetzen. Wenn man nun beginnt, damit zu argumentieren, die Regierung könne sich da irgendwelche Freiheiten rausnehmen, begibt man sich auf einen ganz gefährlichen

Pfad. Wenn die aus einer Motion resultierende Vorlage dann in der Vernehmlassung verrissen wird, ist das eine andere Sache. Primär jedoch hat die Regierung eine Motion wortgetreu umzusetzen. Wenn einige Leute diesen Grundsatz nun zu relativieren versuchen, nur weil es ihnen nicht passt, ist das schlechter politischer Stil.

**Hanspeter Weibel** (SVP) hat, wie vorhin gehört, vor 5 Jahren eine Motion eingereicht, die damals abgelehnt wurde. Was jetzt in der Vernehmlassung ist – die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer – ist zeitlich schon sehr weit fortgeschritten. Marco Agostini kann also nicht behaupten, die SVP lehne das ab. Es ist ohnehin unterwegs. Was sie ablehnt, ist der Satz, den Klaus Kirchmayr vorhin unterschlagen hatte und von Peter Brodbeck zitiert wurde. Man ist aber immerhin so weit, dass es jetzt eine Vorlage des Regierungsrats zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer gibt. Also schon sehr viel weiter, als Marco Agostini vielleicht wahrgenommen hat. Deshalb braucht man nun über diese Erschwerung nicht diskutieren. Die SVP lehnt diese ab, denn das Grundproblem ist an sich schon aufgegleist.

**Andreas Dürr** (FDP) lädt den Rat ein, sich um ein Jahr zurückzusetzen. Warum redet man hier so lange, da der Kern der Sache doch eigentlich im Jahr davor liegt? Am 25. März 2021 hatten die Grünen mit viel Brimborium 33 Vorstösse zur Rettung von Klima und Welt eingebracht. Heute ist man daran, sie abzuarbeiten. Vor einem Jahr ist aber das meiste bereits gesagt worden. Bei 33 Vorstössen kommt es nun mal zu Repetitionen. Eines davon ist das Anliegen mit der Motorfahrzeugsteuer. Inzwischen ist man in einem Vernehmlassungsverfahren, es gab Fortschritte. Damit es die Grünen nicht tupfgleich wieder aufbringen müssen, haben sie es leicht verbessert und variiert. Diese Verbesserung lief jedoch ganz unglücklich und hat nun eigentlich zu einer Verunmöglichung des Vorstosses geführt. Man wird sich heute noch mit ähnlichen Sachen beschäftigen müssen, mit alten Ladenhütern wie den Veloabstellplätzen (was es weiland schon von Sara Fritz gab), dem Gratis-U-Abo und so fort. Deshalb schlägt der Votant vor, nicht mehr allzu lange darüber zu reden, weil das Anliegen zu einem Grossteil überholt ist. In einem Jahr ist viel passiert. Vielleicht ist das für die Grünen Gelegenheit genug, darüber nachzudenken, den einen oder anderen Ladenhüter zurückzuziehen. Das wäre zumindest ein Effizienzgewinn. Unter anderem eben die Motion, um die es hier geht. Klaus Kirchmayr, der darauf hinwies, dass die Motorfahrzeugsteuer immer wieder aufkommt, sollte mittlerweile auch den Grund dafür wissen: Es liegt vielleicht an den Seinen selber.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) mit einem Wort an Marco Agostini: Die Votantin fährt selber kein Elektroauto, sie hat bewusst einen Hybrid gekauft. Warum Hybrid? Es gibt immer noch Gegenden in der Schweiz, in denen es gar keine Elektrotankstellen gibt. Deshalb wäre man darauf angewiesen, vor allem in diesem Bereich vorwärts zu machen. Sie hat sich aber an Marco Agostinis Äusserung gestört, dass kleine Autos entlastet werden sollen. Was ist mit Familien, die 3 oder 4 Kinder haben? Die passen nicht in kleine Autos. Man soll an die Leute denken, die kein grosses Portemonnaie haben und sich solche Autos gar nicht leisten können. Es wäre nun langsam gut, man würde zur Abstimmung schreiten.

://: Mit 46:25 Stimmen bei 12 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.

*[Wegen des Ausfalls der Abstimmungsanlage musste das Resultat von Hand ausgezählt werden; das Abstimmungsverhalten konnte nicht festgehalten werden.]*

---